

Quelle Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 08. 2008
Seite 11
Ressort Wirtschaft
Seitentitel WIRTSCHAFT
Serientitel Im Gespräch

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Im Gespräch: Ulrich Grillo, Chef der Grillo-Werke AG und Rohstoffbeauftragter im BDI

"Wir brauchen den Zugang zu Rohstoffen"

Vor einem Jahr hat die Bundesregierung einen Ausschuss für Rohstoffpolitik eingerichtet. Die Bedingungen für den Bezug von Rohstoffen sollen verbessert werden. Es gibt weiteren Handlungsbedarf.

Im vergangenen Monat ist die jahrelange Rohstoff-Hausse abgebrochen. Kann die deutsche Industrie schon aufatmen?

Das glaube ich nicht. Eher wird jetzt korrigiert, was vorher überzogen war. Insbesondere bei den metallischen Rohstoffen war schon länger ein Preisrückgang beobachtbar. Sicherlich hatte das viel mit Spekulation zu tun. Momentan sprechen zwar die Konjunkturaussichten gegen weitere Preissteigerungen. Grundsätzlich aber sind Metallrohstoffe knapp, und die Weltwirtschaft wächst. Mittelfristig wird das Problem also wiederkommen.

Wie stark leiden die Unternehmen unter diesen Kosten?

Das hängt unmittelbar davon ab, ob sie die Kosten weitergeben können. Die Autozulieferer leiden stärker darunter. In meiner Branche, der Zinkverarbeitung, ist es aber üblich, die Preise etwas verzögert weiterzugeben, weil Metall ein wesentlicher Einsatzstoff ist. Anders ist das, wenn der Rohstoff nicht so einen großen Anteil an der Wertschöpfung hat.

Vor welche Schwierigkeiten ist Ihr Unternehmen an den Beschaffungsmärkten gestellt?

Wir kaufen Zink von Hütten ein, in denen im Moment die Verfügbarkeit gut ist - etwa in Spanien und Nordeuropa. Für andere Metalle ist es schwieriger; insbesondere gilt das für Sekundärmetalle, die immer mehr recycelt werden. Da ist die Versorgung teilweise viel schwieriger.

Inwiefern?

Es gibt Verwerfungen auf den internationalen Märkten, weil China beispielsweise gebrauchte Computer oder Drucker importiert - oft mit Hilfe von Subventionen. Dadurch sind die Schrotte nicht mehr für die europäische Industrie verfügbar, die sehr stark auf Recycling umgestellt hat. Mit Importförderung und Exportbeschränkungen für Primärrohstoffe wird unser Materialbezug

torpediert.

Sie haben den Kampf um Rohstoffe einmal als einen "zweiten kalten Krieg" bezeichnet. Wieso dieses drastische Bild?

Die Metalle sind für eine exportorientierte Wirtschaft sehr wichtig. Aber auch stark wachsende Wirtschaften wie China und Indien sind darauf angewiesen, weil Metalle in allen Produkten des täglichen Bedarfs eingesetzt werden. Wenn der Wettbewerb mit unfairen Mitteln abläuft, ist das wie ein Krieg. China setzt unterschiedliche Mechanismen zur Wettbewerbsverzerrung ein, um die Rohstoffe von den Weltmärkten abzugreifen. Das ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Problem.

Exportzölle verstoßen nicht gegen das Recht der Welthandelsorganisation WTO. Ist eine politische Lösung da nicht eine Illusion?

Das Managen der knappen Ressourcen ist natürlich Sache der Unternehmen. Die Politik muss uns unterstützen, indem sie gegen Wettbewerbsverzerrungen vorgeht. Das können wir nicht. China hat Anfang des Jahres sämtliche Ausfuhrquoten für Rohstoffe erhöht, so dass kein freier Handel mehr stattfindet. Für Zink wurden die Exportabgaben von 10 auf 15 Prozent erhöht. Wenn es ihnen morgen passt, setzen sie wieder andere Mittel ein. Die Politik hat leider versäumt, während der WTO-Beitrittsverhandlungen auf dieses Problem hinzuweisen.

Wo kann die Hilfe jetzt noch ansetzen?

In allen bilateralen Gesprächen - also nicht nur in handelspolitischen, sondern auch außen- und entwicklungspolitischen - muss die Bundesregierung darauf pochen, dass die Verzerrungen aufgehoben werden, damit ein freier Zugang zu den Rohstoffen gewährleistet ist.

Vor einem Jahr wurde von der Bundesregierung ein Interministerieller Ausschuss zur Rohstoffpolitik eingerichtet.

Hat er gehalten, was er versprochen hat?

Wir sind sehr froh, dass die Kanzlerin unserer Forderung gefolgt ist und den Ausschuss einberufen hat. Denn das ist ein Thema für alle Politikbereiche. Und wir arbeiten eng mit dem Ausschuss zusammen und können unsere Ideen einbringen.

Welche Erfolge können Sie für sich verbuchen?

Der Ausschuss begleitet viele bilaterale außenwirtschaftspolitische Fachgespräche und hat dafür gesorgt, dass Wettbewerbsverzerrungen international thematisiert worden sind. Unsere Ziele sind auch auf dem G-8-Gipfel festgehalten worden. In den WTO-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine ist es gelungen, die Handelsbeschränkungen zu verringern. Zudem reformiert die Bundesregierung auf unsere Initiative hin die Förderinstrumente für deutsche Unternehmen, die sich in Rohstoffprojekten im Ausland engagieren.

Früher hatten Unternehmen wie Preussag oder Thyssen Krupp Beteiligungen an Minen, die aber aufgegeben wurden. Hat die Industrie die Gefahren erkannt?

Da ist sicherlich etwas dran. Wie heißt es so schön: Wenn man aus der Kirche herauskommt, ist man schlauer. Vor zehn Jahren war sicherlich nicht allen bewusst, wie stark wir von Rohstoffen abhängig sind. Zudem waren die Metallpreise insgesamt sehr viel niedriger; und die Knappheiten waren noch nicht absehbar. Weil man kein Geld mit diesen Geschäften verdienen konnte, wurden sie zum Teil veräußert - bis hin zur Stahlindustrie, die aus der Kokskohleförderung ausgestiegen ist. Das hat sich mit den neuen Knappheiten gedreht. Rückwirkend hätte man vor zehn bis zwanzig Jahren anders agieren sollen.

Was tut die Industrie jetzt?

Sie überlegt, wie sie sich zusammen tun kann durch Fonds und wie sie auch mit Unterstützung von Investoren und Ban-

ken wieder in die Exploration einsteigen kann. Die Rückwärtsintegration wird aber nicht so weit gehen, dass wir uns wieder selbst versorgen können. Wenn mein Unternehmen sich unabhängig von Importen machen wollte, müsste es 1,5 bis 2 Milliarden Euro investieren - illusorisch für einen Mittelständler. Umso wichtiger ist ein freier Zugang zu den Märkten. Das aber ist eine politische Frage.

Braucht Europa also eine strategische Außenwirtschaftspolitik?

Das Modell "3D", also dass wir nur von Dienstleistungen, Dichtern und Denkern leben, wird nicht funktionieren. Wir brauchen die Industrie. Als Exportweltmeister benötigen wir Rohstoffe. Wir stehen am Anfang der Wertschöpfungskette. Wenn wir nicht an die Rohstoffe herankommen, verlieren wir nach und nach alle Stufen der Wertschöpfungs-

kette. Damit wir uns also nicht das Wasser abgraben, brauchen wir eine strategische Außenwirtschaftspolitik.

Aber ist man nicht Ländern, die ihre Handelsmechanismen flexibel nach ihrem Bedarf einsetzen, schutzlos ausgesetzt?

Da bin ich selbstbewusst genug zu sagen: Nein. Wir haben als deutsche Industrie Know-how und Produkte zu bieten, die Chinesen brauchen, aber nicht haben. Und das sollten wir ihnen in Gesprächen klarmachen, dass sie es nur bekommen, wenn sie freien Handel zulassen.

Also Know-how gegen Marktöffnung?

Genau, das muss man China in bilateralen Gesprächen immer wieder verdeutlichen.

Wie groß ist das Bewusstsein in der Europäischen Kommission?

Es ist stark gewachsen - auch dank unseres Einsatzes. Handelskommissar Verheugen wird im Oktober eine Mitteilung zum Thema veröffentlichen. Das zeigt, dass das Thema angekommen und auch schon verankert ist.

Das Gespräch führte Philipp Krohn.

Abbildung: Ulrich Grillo führt sein Familienunternehmen und leitet den Ausschuss für Rohstoffpolitik der Deutschen Industrie.

Abbildung: Foto bdi